

## A n t w o r t

### des Ministeriums für Bildung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Martin Brandl (CDU)  
– Drucksache 17/4537 –

### Fachkräftemangel in der Kinderbetreuung im Kreis Germersheim

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/4537** – vom 8. November 2017 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage ich die Landesregierung:

1. Inwiefern sieht die Landesregierung im Bereich der Kinderbetreuung einen Fachkräftemangel im Kreis Germersheim?
2. Wie stellt sich der Fachkräftemangel im Bereich der Kinderbetreuung im Vergleich zu anderen Gebietskörperschaften dar?
3. Inwiefern hat die Landesregierung Maßnahmen ergriffen, um dem Fachkräftemangel bei der Kinderbetreuung entgegenzuwirken?
4. Welche weiteren Maßnahmen sind geplant?
5. Welche Entwicklungsprognose legt die Landesregierung bei der Kinderbetreuung zugrunde?
6. Inwiefern gibt es Gebietskörperschaften mit einem Überschuss an Fachkräften im Bereich der Kinderbetreuung?
7. Inwiefern können diese beispielgebend bei Maßnahmen für unterversorgte Gebiete sein?

Das **Ministerium für Bildung** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 1. Dezember 2017 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Zur Beantwortung der Kleinen Anfrage wurde eine Abfrage bei den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe durchgeführt. 35 der 41 Jugendämter haben eine Rückmeldung gegeben. Da die Landkreise allerdings nicht Träger der Kitas sind, sind belastbare Aussagen zur Personalsituation nur eingeschränkt möglich. Für Kitas in freier Trägerschaft liegen ebenfalls keine aussagekräftigen Rückmeldungen vor, weil weder bei den Landkreisen noch den städtischen Jugendämtern hierzu Daten vorhanden sind.

Der Landrat des Landkreises Germersheim, Herr Dr. Brechtel, hat mit Schreiben vom 16. November 2017 berichtet, dass Erzieherinnen und Erzieher im Landkreis Germersheim sehr gesuchte Fachkräfte seien und die Träger sowie Einrichtungsleitungen vermehrt Schwierigkeiten hätten, in angemessenem Zeitraum qualifiziertes Personal zu finden. Der Jugendhilfeausschuss des Landkreises habe daher am 28. Juni 2016 beschlossen, den Schulversuch des Landes zur berufsbegleitenden Teilzeitausbildung von Erzieherinnen und Erziehern zu unterstützen. Kita-Trägern könne nun durch das Jugendamt eine zusätzliche halbe Stelle im Mitarbeiterbereich für die Dauer der Ausbildung bewilligt werden. 23 Einrichtungen hätten von dieser Möglichkeit der frühzeitigen Sicherung und Bindung von Fachkräften an die Einrichtung Gebrauch gemacht. Insgesamt sei die Akquise von Fachkräften im Landkreis Germersheim nicht problematischer als in anderen Gebietskörperschaften im Umkreis. Im Landkreis würden weitere bedarfsgerechte Ausbaumaßnahmen geplant und umgesetzt, die mit dem gesetzlich geregelten Fachkräfteumfang zu besetzen seien.

Die Rückmeldungen der anderen Jugendämter zeigen, dass es insbesondere Schwierigkeiten gibt, befristete Stellen und Stellen mit geringem Beschäftigungsumfang zu besetzen. Neu ausgebildete Fachkräfte fänden direkt eine Anstellung, und am Arbeitsmarkt sind im laufenden Kindergartenjahr kaum mehr Fachkräfte verfügbar. Die Rückmeldung aus der Stadt Pirmasens weist aus, dass dort zurzeit kein Fachkräftemangel zu verzeichnen ist.

Zu den Fragen 3 und 4:

In den letzten zehn Schuljahren wurden die Ausbildungszahlen an den Fachschulen für Sozialwesen Fachrichtung Sozialpädagogik insgesamt von 2 960 Schülerinnen und Schülern im Schuljahr 2007/2008 auf 5 330 Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2016/2017 erhöht. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Absolventinnen und Absolventen von 989 auf 1 530 gestiegen. Dies ist gelungen, weil an den bestehenden Fachschulen zusätzliche Klassen gebildet und die Einrichtung neuer Fachschulen genehmigt wurde. Allein im Schulaufsichtsbezirk der ADD Neustadt wurden sechs zusätzliche Klassen für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern genehmigt. Insgesamt wurden seit 2007 fünf weitere Fachschulen Sozialpädagogik eingerichtet: Julius-Wegeler-Schule Koblenz, BBS Boppard, BBS Südliche Weinstraße, BBS Rodalben, BBS Mayen. Im Schulversuch „Berufsbegleitende Teilzeitausbildung von

Erzieherinnen und Erziehern“ ist seit 2012 die Schülerzahl von rund 250 an neun teilnehmenden Schulen auf über 1 300 an 13 Fachschulen gestiegen.

Die Ausbildung wurde 2013 nach der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung zertifiziert. Umschülerinnen und Umschüler können somit für die Dauer der Ausbildung Unterstützung durch die Bundesagentur für Arbeit erhalten. In 2014 und 2015 erhielten 194 Auszubildende eine solche Förderung, in 2016 waren es 149 Personen.

Weiterhin wird die reguläre Fachschulausbildung seit 2012 durch den Schulversuch „Berufsbegleitende Teilzeitausbildung von Erzieherinnen und Erziehern“ ergänzt. Diese neue Ausbildungsform ist insbesondere für lebens- und berufserfahrene Menschen attraktiv, die sich beruflich neu orientieren möchten. In der berufsbegleitenden Ausbildung gehen sie einem Teilzeit-Beschäftigungsverhältnis in einer Kindertagesstätte oder einer Jugendhilfeeinrichtung nach und besuchen begleitend dazu eine Fachschule für Sozialwesen. Da die Arbeitszeit in der sozialpädagogischen Einrichtung auf das Berufspraktikum angerechnet wird, kann die Ausbildung nach drei Jahren abgeschlossen werden. Sie bietet den Vorteil der engen Verknüpfung von Theorie und Praxis, einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und einer zeitlich überschaubaren Dauer von drei Jahren.

Die Möglichkeiten zur akademischen Qualifizierung für den Bereich der Kindertagesbetreuung wurden an der Hochschule Koblenz deutlich ausgebaut. Hier hat sich am Fachbereich Sozialwissenschaften ein Schwerpunkt im Bereich akademischer Ausbildung und Lehre sowie Forschung, Projektbegleitung und gutachtliche Expertise herausgebildet, der mittlerweile drei etablierte Bachelor-Studiengänge (zzgl. eine innovative Kooperation mit einem Einrichtungs- und Bildungsträger in Wien) umfasst sowie einen im Wintersemester 2015/2016 gestarteten Masterstudiengang.

Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Trägerorganisationen wurde eine Reihe von Praxishinweisen zur Fachkräftegewinnung und -sicherung für Einrichtungsträger bzw. Arbeitgeber erarbeitet, die auf dem Kita-Server Rheinland-Pfalz veröffentlicht sind. In den Blick genommen wurden dabei markante Phasen im Berufsleben wie z. B. die Berufsorientierung, der Berufseinstieg, der Quereinstieg und ältere Fachkräfte.

Die Einrichtungsträger haben eine umfassende Personalverantwortung. Daher setzt sich die Landesregierung für eine Stärkung der Trägerqualität ein. Dieser Aspekt soll in der geplanten Novellierung des Kindertagesstättengesetzes Berücksichtigung finden.

Die Relevanz des Themas wird auch daran deutlich, dass sich in 2017 eine Arbeitsgruppe von Bund (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bundesministerium für Arbeit und Soziales) und Ländern (Konferenz der Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales – ASMK, Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder – JFMK, Konferenz der Kultusminister der Länder – KMK) unter Federführung der JFMK gebildet hat, die sich gezielt mit Fragen des Fachkräftemangels und der Fachkräftegewinnung befasst. Hier geht es u. a. um Fragen der Anerkennung ausländischer Abschlüsse, einen Austausch über erfolgreiche Initiativen in den einzelnen Ländern sowie neue duale Ausbildungsformen (vgl. den oben beschriebenen Schulversuch in Rheinland-Pfalz). Ebenfalls relevant ist die Debatte über Perspektiven multiprofessioneller Teams unter Berücksichtigung des hohen pädagogischen Anspruchs an die Kindertagesbetreuung.

Zu Frage 5:

Die außerfamiliäre Betreuung zählt immer selbstverständlicher zur Biografie eines jeden Kindes. Und dies immer früher, was das Alter, und immer umfangreicher, was den täglichen Betreuungsumfang betrifft.

Für die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Platzangebots, d. h. für die Bedarfsplanung, ist nicht das Land, sondern sind die Jugendämter zuständig. Durch diese regionale Verortung kann in geeigneter Weise vor Ort den unterschiedlichen Bedarfen von Eltern und den damit einhergehenden Entwicklungen des Platzangebotes entsprochen werden.

Eine prognostische Orientierung für das Land insgesamt bieten die bundeslandrepräsentativen Befragungen von Eltern des Deutschen Jugendinstituts im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Diese lassen die begründete Annahme zu, dass weiterhin von einem bestehenden Ausbaubedarf auszugehen ist. Es darf ebenso angenommen werden, dass die in Rheinland-Pfalz bestehende Beitragsfreiheit eine größere Übereinstimmung von geäußertem Wunsch der Eltern nach Betreuung und tatsächlich wahrgenommenem Angebot befördert, da die Nachfrage nicht durch die Höhe von Elternbeiträgen beeinflusst wird.

Zu den Fragen 6 und 7:

Überschüsse an Fachkräften haben die Jugendämter nicht zurückgemeldet. Der Fachkräftebedarf stellt sich regional unterschiedlich dar. Die Jugendämter weisen darauf hin, dass ihre Rückmeldungen zum Teil auf Schilderungen der Träger basieren und nicht durchgängig durch weitergehende Daten belegbar sind.

Dr. Stefanie Hubig  
Staatsministerin